

DOI: 10.5771/1866-377X-2019-3-159

Mitarbeit in den Kommissionen und Arbeitsstäben 2019–2021

Die Amtszeit der sechs Ständigen Kommissionen und des satzungsmäßigen Arbeitsstabs endet am 14. September 2019. Interessierte Kolleginnen können sich nun bewerben für die Mitarbeit in der folgenden Amtszeit.

Das sind die Kommissionen und der Arbeitsstab:

- Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht
- Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften
- Strafrecht
- Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich
- Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung
- Kommission Europa- und Völkerrecht
- Arbeitsstab Ausbildung und Beruf

Unter der Voraussetzung, dass der Bundesvorstand die Wiedereinsetzung der beiden aktuellen Arbeitsstäbe (ggf. als Nichtständige Kommissionen) beschließt, erfolgt die Ausschreibung:

- Digitales
- Reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte

Wer mitarbeiten möchte, wird gebeten, sich für die Mitgliedschaft in der gewünschten Kommission oder im Arbeitsstab **schriftlich bis zum 30. September 2019** über die Geschäftsstelle beim Bundesvorstand zu bewerben. Die Bewerbung sollte in kurzer Form Angaben zur spezifischen Kompetenz und Erfahrung auf dem jeweiligen Arbeitsgebiet enthalten. Bitte geben Sie an, für welchen Arbeitsbereich des Rechtsgebietes Sie sich interessieren. Auch diejenigen, die schon bisher in einer der Kommissionen oder im Arbeitsstab mitgearbeitet haben, werden gebeten, ihre Bewerbung erneut der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Die Mitglieder der Ständigen Kommissionen und des Arbeitsstabs werden während der ersten ordentlichen Bundesvorstandssitzung nach der Mitgliederversammlung auf Vorschlag der Kommissionsvorsitzenden vom Bundesvorstand bestellt und anschließend über die Entscheidung informiert. Über die Weiterarbeit der aktuell tätigen Arbeitsstäbe „Digitales“ und „Reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte“ wird der Bundesvorstand nach der Wahl am 14. September 2019 entscheiden. Die Ausschreibung der Mitarbeit erfolgt daher zunächst bedingt.

Weitere Informationen zur Kommissionsarbeit finden Sie in der Geschäftsordnung für Kommissionen und Arbeitsstäbe des djb, abrufbar auf unserer Homepage: <https://www.djb.de/verein/Kom-u-AS>.

Bewerbung von Dr. Ulrike Spangenberg als Vorsitzende der Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich

Dr. Ulrike Spangenberg



▲ Foto: Jens Gyarmaty

Jahrgang 1973. Ich bin in Salzwedel (Sachsen-Anhalt) aufgewachsen, habe in Göttingen und Belfast Rechtswissenschaften studiert und mich schon im Rahmen des Studiums mit Frauenforschung und Gleichstellung im Recht befasst. Mein Referendariat habe ich unter anderem in der Grundsatzabteilung Gleichstellung im BMFSFJ absolviert und hatte dort das Glück die Einführung

von Gender Mainstreaming zu begleiten. Daran anknüpfend habe ich mich im Rahmen des Forschungsprojekts „Gender Mainstreaming und Familienförderung im Steuerrecht“ erstmals mit dem Thema Steuern und Geschlechtergerechtigkeit befasst. Das Thema interessiert mich bis heute. Ich habe zu mittelbarer Diskriminierung im Einkommensteuerrecht promoviert und befasse mich seit vielen Jahren mit der Besteuerung von Ehe und Familie. Seit 2003 arbeite ich im Rahmen universitärer und außeruniversitärer Forschung, Lehre und Beratung zu Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsthemen mit den Arbeitsschwerpunkten Steuer- und Finanzpolitik, Alterssicherung, Bildung und Gesetzesfolgenabschätzung auf nationaler und europäischer Ebene.

Weitere Informationen zu meinem beruflichen Werdegang, Engagement und zu Veröffentlichungen finden Sie hier: <http://www.gleichstellungsinstitut.de/index.php/mitglieder-und-mitarbeitende/10-mitglieder/21-dr-ulrike-spangenberg-juristin>

Ich bin während meiner Promotion in den Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb) eingetreten, auf der Suche nach einem fachlich fundierten und engagierten Austausch zu Gleichstellungsthemen. Seitdem bin ich Mitglied in der Kommission „Recht der sozialen Sicherung und Familienlastenausgleich“. 2017 habe ich die Leitung der Kommission übernommen.

Unsere Kommission hat sich in den letzten zwei Jahren mit aktuellen sozial- und steuerrechtlichen Themen befasst. Im Bereich der sozialen Sicherung ging es in den letzten zwei Jahren unter anderem um den Ausbau der Kinderbetreuung, Berechnungsgrundlagen für den Unterhaltsvorschuss, die sozialrechtlichen Aspekte des Wechselmodells und die neue EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zudem befassen wir uns mit der Alterssicherung von Frauen. Derzeit diskutieren wir zum Beispiel die Grundrente und mögliche Alternativen. Wir hatten Gelegenheit uns im Verfahren des BVerfG zur Berechnung der Beitragssätze für Eltern in der Pflege- und Rentenversiche-

zung zu äußern. Zudem nehmen wir regelmäßig zu aktuellen Gesetzesvorhaben Stellung, beispielsweise zum Rentenpaket eins und zur Entfristung der Wohnsitzauflage. Steuerrechtliche Themen sind nach wie vor die Reform des Ehegattensplittings und der Lohnsteuerklasse V. Wir haben uns außerdem zur steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit von Frauenverbänden und der Ausgestaltung von Steuerformularen geäußert. Nicht zuletzt mahnen wir regelmäßig die Einführung einer systematischen gleichstellungsorientierten Gesetzesfolgenabschätzung an.

Diese Arbeit möchte ich in den nächsten zwei Jahren fortsetzen. Sozialrechtliche Schwerpunktthemen werden unter anderem die Ausgestaltung des Wechselmodells, die Alterssicherung von Frauen, die Umsetzung der neuen Vereinbarkeitsrichtlinie und die soziale Sicherung von geflüchteten und asylsuchenden Frauen sein. Im Steuerrecht wird uns weiterhin das Ehegattensplitting, die Lohnsteuerklasse V und das Faktorverfahren beschäftigen. Darüber hinaus würde ich gern weitere Steuerthemen aufgreifen, etwa Auswirkungen der Mehrwertsteuer oder Steuervergünstigungen.

Letztlich hängt die Arbeit, die wir in der Kommission leisten können, aber immer von den Mitgliedern, deren fachlichen Kompetenzen, Interessen und Zeit ab. Ich würde mich deshalb sehr über neue Kolleginnen freuen, vor allem zu den Themen Alterssicherung, Steuern, sozialrechtliche Leistungen für Familien, Kinderbetreuung und Gesundheit.

Bewerbung von Andrea Rupp als Delegierte für den djb bei UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V.

Andrea Rupp



▲ Foto: djb/AG

geb. 1962 in Pensacola, Florida, USA. Wegen meiner Geburt in den USA und meinen beiden deutschen Eltern besitze ich neben der deutschen auch die US-amerikanische Staatsangehörigkeit. Abitur und 1. Juristisches Staatsexamen mit Wahlfach Völkerrecht und Europarecht machte ich in Saarbrücken. Meine Referendarzeit absolvierte ich beim OLG Köln und verbrachte im

Rahmen der Wahlstation drei Monate an der Verwaltungshochschule in Speyer. Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen begann ich 1992 meine berufliche Tätigkeit in Berlin als Referentin in Haftpflichtschaden bei der Generaldirektion der Deutschen Versicherungs-AG, Tochter der Allianz Versicherungs-AG und Nachfolgerin der ehemaligen Staatlichen Versicherung der DDR. 1994 wechselte ich zur Allianz Versicherungs-AG nach Köln in die Abteilung Haftpflichtschaden als Sonderschadenbearbeiterin. Nach der Geburt meiner beiden Kinder (Tochter 1996 und Sohn 1998 in Bonn) verbrachte ich während der Elternzeit drei Jahre in Paris, Frankreich. Derzeit bin ich als Dezernentin in der Abteilung Haftschaden Spezial bei der Allianz Deutschland-AG in Köln beschäftigt und seit 2016 als Rechtsanwältin zugelassen.

Mitglied im Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb) bin ich seit 1993, seit 1998 – unterbrochen durch den Aufenthalt in Frankreich – im Vorstand der Regionalgruppe Bonn aktiv und jetzt im 8. Jahr deren Vorsitzende, seit 2011 Delegierte der Regionalgruppe Bonn beim Regionalgruppenbeirat, seit 2013 Schatzmeisterin des Landesverbands NRW, seit März 2015 Vorstand des Regionalgruppenbeirates und damit Mitglied im Bundesvorstand.

Bereits seit mehreren Jahren bin ich selbst Mitglied bei UN Women Nationales Komitee Deutschland und seit 2015 Delegierte für den djb. Wegen seines Sitzes in Bonn habe ich zum Vorstand und der Geschäftsführung seit Jahren enge persönliche Beziehungen, die auch in gemeinsamen Veranstaltungen zum Beispiel beim Internationalen Frauentag oder Equal Pay Day praktisch umgesetzt werden. Regelmäßig nehme ich an den jährlichen Mitgliederversammlungen in Bonn teil. Meine Sprachkenntnisse in Englisch und Französisch erleichtern den internationalen Austausch.

UN Women Nationales Komitee Deutschland fördert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und die Stärkung der Rechte der Frauen und ist für mich damit die ideale Ergänzung zu meinem Engagement beim djb. Sowohl national wie international kann ich mich für eine effektive Vernetzung zur Förderung der Ziele einbringen.

Bewerbung von Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen als Delegierte des djb bei der European Women Lawyers Association EWLA

Professor Dr. Angela Kolb-Janssen



▲ Foto: Susie Knoll

geb. am 22. Oktober 1963 in Halle an der Saale. Ich bin verheiratet und habe eine erwachsene Tochter. Nach meinem Abitur habe ich von 1982 bis 1986 in Halle an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Rechtswissenschaften, Fachrichtung Wirtschaftsrecht (Staatsexamen als Diplomjuristin) studiert. Das darauffolgende Forschungsstudium am Institut für Inter-

nationale Rechtsbeziehungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, habe ich 1989 mit der Promotion zur Dr. iur. beendete. Danach war ich als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Internationale Studien der Universität Leipzig tätig und bin 1991 in die öffentliche Verwaltung gewechselt. Beim neu gegründeten Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen in Halle hatte ich verschiedene Leitungsfunktionen inne. 1999 wurde ich zur Professorin für Verwaltungsrecht am ebenfalls neu gegründeten Fachbereich Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Harz (FH) in Halberstadt berufen. Im Rahmen des Aufbaus dieses Fachbereiches habe ich den Studiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“ inhaltlich konzipiert und einschließlich der Akquise von Kooperationspartnern an europäischen Hochschulen aufgebaut. Von 2004 bis 2006 habe

ich als Dekanin diesen Fachbereich geleitet. Am 24. April 2006 wurde ich zur Ministerin der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt ernannt. In meiner zweiten Amtszeit (2011 – 2016) habe ich zusätzlich den Bereich Gleichstellung verantwortet. Seit April 2011 bin ich Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Mitglied im djb bin ich seit 2007. Seit 2016 leite ich die Regionalgruppe Magdeburg und seit 2017 bin ich Vorstand im Regionalgruppenbeirat und damit Mitglied des Bundesvorstandes.

Mit EWLA verbindet mich eine enge Zusammenarbeit seit dem europäischen Projekt „European Women Shareholders Demand Gender Equality“, das ich als damalige Ministerin für Justiz und Gleichstellung nicht nur als offizielle Projektpartnerin, sondern auch ganz persönlich begleitet habe. Die konkreten Empfehlungen haben mich in meiner Auffassung bestärkt, dass wir einen ambitionierten und verlässlichen Rechtsrahmen auch auf europäischer Ebene brauchen. EWLA tritt für die Gleichberechtigung von Frauen auf europäischer Ebene ein und ist für mich damit eine sehr gute Ergänzung zu meinem Engagement im djb. Ich würde mich gern mit meinem Netzwerk und meinen vielfältigen Erfahrungen sowohl im Bereich Gleichstellung als auch zu europäischen Fragen in die inhaltliche Arbeit von EWLA einbringen.

Bewerbung von Sabine Overkämping als Delegierte des djb im Netzwerk Europäische Bewegung

Sabine Overkämping



▲ Foto: djb

Seit 1991 bin ich im Dienst des Landes Sachsen-Anhalt und habe mich auf allen Ebenen mit europäischer Integration befasst und zwar zunächst im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (1991–1993), dann in der Staatskanzlei (1993–1997), anschließend im Ministerium für Arbeit und Soziales (1998–2006). Seit 2009 bin ich Referatsleiterin für Europa- und

Völkerrecht im Ministerium für Justiz und Gleichstellung. Besonders intensive europäische Erfahrungen habe ich sammeln können:

- in den Landesvertretungen beim Bund (1993/94) und bei der EU (2000–2004),
- im Rahmen der Zuweisung
 - als nationale Expertin an die GD EMPL in Brüssel (1997–2000) und
 - an das Verbindungsbüro der ILO in Brüssel (2004) sowie
- während meiner Abordnung an das BMAS im Rahmen der letzten DEU-Ratspräsidentschaft (2006–2009) und
- bei meinen Einsätzen als Kurzzeitexpertin in einem Twinning-Projekt zum Thema Gleichstellung in der Türkei.

Ehrenamtlich bin ich bislang vornehmlich im Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb) in der Regionalgruppe Magdeburg und in der Kommission Europa- und Völkerrecht tätig gewesen.

2017 bin ich in der djb Mitgliederversammlung in Stuttgart (erneut) als Delegierte des djb im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD) gewählt worden und in der EBD Mitgliederversammlung im Sommer 2018 dann zum EBD Vorstandsmitglied.

Folgende Themenexpertise habe ich für die EBD-Politik zur Verfügung gestellt:

- Die Europäischen Werte und Grundrechte achten
- Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen
- Soziale und wirtschaftliche Konvergenz stärkt Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit

Folgende Aktionen möchte ich hervorheben:

- EBD-Vorstandsmitglied zum informellen Gleichstellungsrat (<https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/treibende-kraft-werden-overkaemping/>),
- EBD-Vorstandsmitglied zu 100 Jahre Frauenwahlrecht (<https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/europa-waehlen-ebd-vorstandsmitglied-sabine-overkaemping-zu-100-jahren-frauenwahlrecht/>),
- EBD-Stimmen zur Wahl des Europäischen Parlaments (https://www.youtube.com/watch?v=_O1Ar_XOnn4)
- Aufruf aus dem EBD-Vorstand: 50 Prozent EU-Spitzenjobs für Frauen (<https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/aufruf-aus-dem-ebd-vorstand-50-eu-spitzenjobs-fuer-frauen/>)

Die Arbeit als Delegierte des djb im Netzwerk Europäische Bewegung würde ich gerne fortsetzen.

Bewerbung von Dr. Daniela Schweigler als Delegierte für die Deutsche Liga für das Kind

Dr. Daniela Schweigler

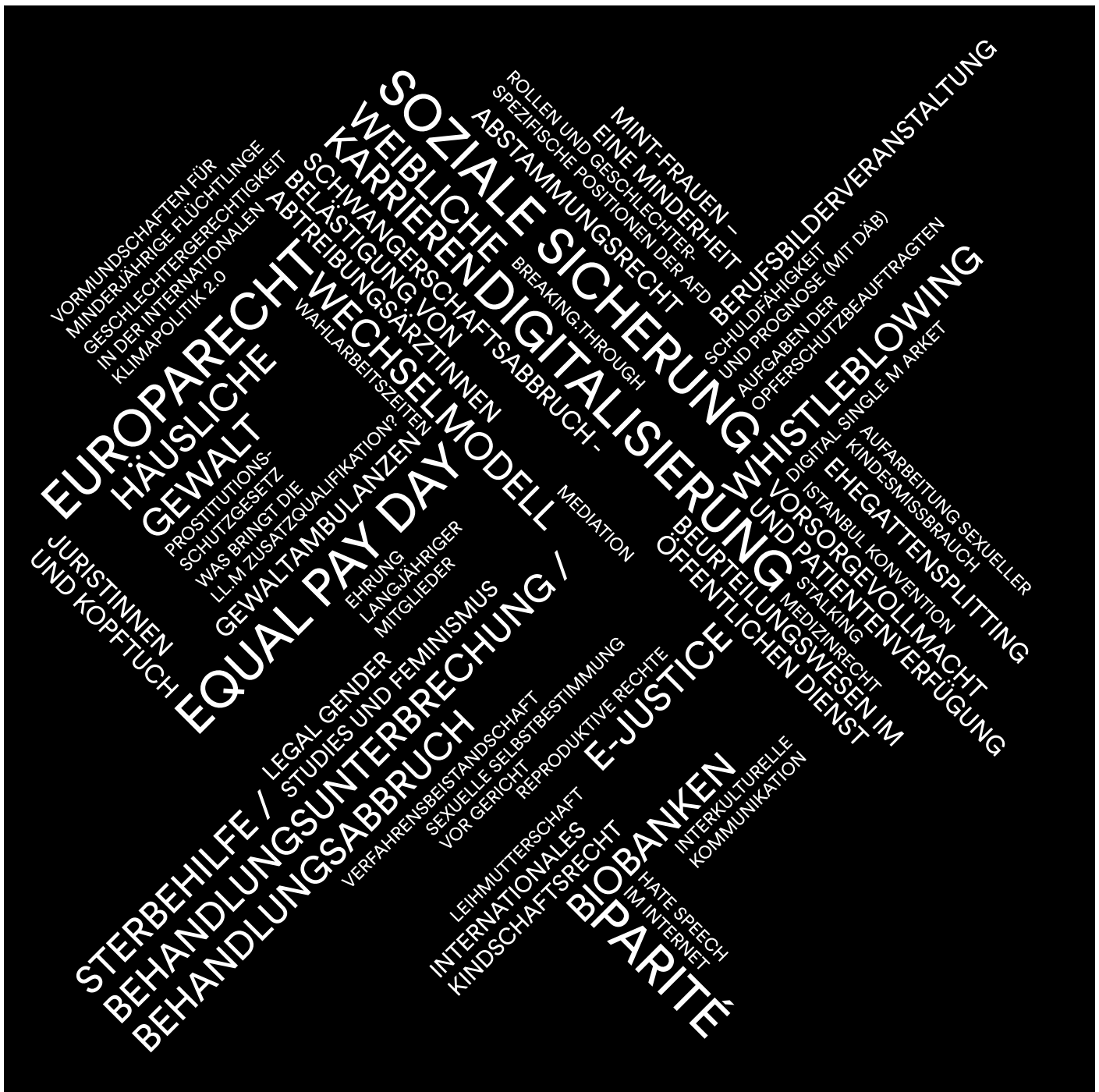


▲ Foto: Marina Kugelman, München

Als Rechtsanwältin in Darmstadt berate ich unter anderem Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe. Als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am Lehrstuhl von Prof. Dr. Friederike Wapler arbeite ich in vielfältiger Weise zum Sozialrecht. Ein Schwerpunkt liegt dabei bei den Rechten von Kindern und Jugendlichen. Aktuell befasse ich mich unter anderem mit den Sozialen Rechten aus der UN-Kinderrechtskonvention und mit dem Recht der Kindertagesbetreuung. Daneben lehre ich an der Frankfurt University of Applied Sciences im Studiengang Soziale Arbeit. *Seit 2014 bin ich Mitglied im Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb). Ab 2019 gehöre ich der Ständigen Fachkonferenz I zu Grund- und Strukturfragen des Jugendrechts beim Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) an.*

Wir alle sind der djB – schreiben Sie uns

<https://www.djb.de/verein/djb-regional/regionalgruppenbeirat/Ideenpool/>



ODER SCHREIBEN SIE UNS EINEN BEITRAG

- Über die Mitgliederstruktur Ihrer Gruppe – die Vielfalt der vertretenen Fachrichtungen, Berufsfelder und Altersgruppen
- Über ein gemeinsames Projekt von Juristinnen und Volks- oder Betriebswirtinnen
- Über eine Untergruppe gem. § 3 Abs. 3,5 der Satzung
- Über Ihre Forderungen an die Landespolitik
- Über einen Austausch mit Kolleginnen aus Europa
- Über den kollegialen Austausch als Mittel der Integration von Migrantinnen

Wir sind **2800 Juristinnen** und **Wirtschaftswissenschaftlerinnen**, die als **Anwältinnen, Richterinnen, Expertinnen** in **Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Medien** und **Kultur** arbeiten oder die sich noch in der Ausbildung befinden. Wir haben uns im Deutschen Juristinnenbund zusammengeschlossen und engagieren uns auf Bundesebene durch unseren Bundesvorstand und vor Ort in Regionalgruppen. Eine jede bringt ihre eigene Lebens- und Berufserfahrung mit und in die gemeinsame Arbeit ein. Wir alle wollen mit dem weiblichen Blick und unserer fachlichen Kompetenz Hindernisse abbauen auf dem Weg zur **vollständigen Gleichberechtigung der Geschlechter in Beruf, Gesellschaft und Familie**.

UNS INTERESSIERT Was macht die Besonderheit der verschiedenen Gruppen aus? Was ist prägend für die jeweilige Region? Wie sieht die Mitgliederstruktur aus?

Wir wünschen uns für diesen Fokus individuelle Beiträge, die die fachliche Expertise der Mitglieder und die besondere Vielfalt unseres Verbandslebens spiegeln. Wie arbeitet Ihre Gruppe gleichstellungspolitisch? Befassen sie sich mit der Gesetzgebung Ihres Bundeslandes – gegebenenfalls zusammen mit anderen Frauenorganisationen? Engagieren Sie sich im Landesfrauenrat? Diskutieren Sie zu aktuellen Themen mit Mitgliedern des Bundesvorstandes oder der Fachkommissionen?

ZUM UMFANG

Jede Regionalgruppe/jeder Landesverband hat eine Textseite (ca. 4000 Zeichen inkl. Leerzeichen) für ihre Präsentation mit Foto zur Verfügung. Das ergibt insgesamt 36 Seiten Umfang – doppelt so viel wie üblich. Dieser Umfang bietet eine Riesenchance für unsere Selbstdarstellung - erfordert aber auch eine klare Prioritätensetzung. Im Interesse der thematischen Verschiedenheit bitten wir bis zum 15.10.2019 um Mitteilung, welchen Schwerpunkt Sie setzen wollen (idealerweise nennen Sie uns eine Themenauswahl) und wie viel Platz Sie benötigen.

ZUR WEBSEITE

Parallel zum Heft arbeiten wir intensiv an einer neuen Website. Wir alle sind der djb- auch dies muss sich in einer neuen Website widerspiegeln. Die Website repräsentiert den djb als Verband mit gleichstellungspolitischen Gewicht nach außen und muss gleichzeitig den Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung tragen. Vorstellbar ist ein erweiterter Bereich, in dem sich die Mitglieder mit ihren Kompetenzen und Arbeitsschwerpunkten ausführlicher als bisher vorstellen können. Und wir denken über verbesserte Möglichkeiten des gegenseitigen Austauschs nach. Sicherlich wird das Schwerpunktheft darüber hinaus noch wichtige Impulse für die Website geben!

Redaktionsschluss für Ihre Beiträge ist der 15.2.2020. Danach erfolgt die redaktionelle Bearbeitung und Gestaltung des Fokus durch das Redaktionsteam: Angela Kolb-Janssen und Christel Riedel. Für eventuelle Rückfragen wenden Sie sich an Christel Riedel: **christel-riedel@hotmail.com**.